



## Die Bürger für Europa gewinnen

### Editorial



Im letzten Frühjahr veröffentlichte die Versammlung der Regionen Europas ihr erstes "Themendossier" über die zentrale Rolle, die den Regionen bei der Entwicklung des nachhaltigen Fremdenverkehrs in Europa zukommen muss. Im Hinblick auf die "Generalstände" (Etats Généraux) der europäischen Regionen in Poznan, Polen, am 27. und 28. November 2003 untersucht das vorliegende Themendossier nun das noch grundlegendere Verhältnis von Regionen und Demokratie in Europa.

Seit ihrer Gründung im Jahre 1985 haben die VRE und ihre Mitgliedsregionen mit Beklommenheit die schwindende Wahlbeteiligung, den Mitgliederschwund bei den politischen Verbänden und vor allem das nachlassende Vertrauen in die politischen Institutionen beobachtet. Dieser Zustand der partizipativen Demokratie in Europa erfüllt uns mit besonderer Sorge, da er die Grundlagen erschüttert, auf die wir unsere Förderung des Regionalismus stützen. Die Regionen stehen den Bürgerinnen und Bürgern nahe und sie lösen ihre wirtschaftlichen und sozialen Probleme. Daher ist es nicht das erste Mal und wird es auch nicht das letzte Mal sein, dass wir das Thema der Demokratie in Europa ansprechen, da es uns daran erinnert, welche Arbeit wir noch zu bewältigen haben. Wir hoffen, dieser Aufgabe gerecht zu werden. <

**Liese Prokop**

Präsidentin der VRE  
Landeshauptmann-Stellvertreterin  
von Niederösterreich (A)

### ANKÜNDIGUNG

DIE "GENERALSTÄNDE" (ETATS GÉNÉRAUX) DER REGIONEN EUROPAS SOWIE DIE HAUPTVERSAMMLUNG 2003 DER VRE WERDEN IN POZNAN, POLEN, AM 27.-28. NOVEMBER 2003 STATTFINDEN. UM DAS HAUPTTHEMA "DIE BÜRGER FÜR EUROPA GEWINNEN: DIE BEDEUTUNG DER DEZENTRALISIERUNG FÜR DAS ENGAGEMENT DER BEVÖLKERUNG" SOLL DIE VERANSTALTUNG EIN STRUKTURIERTES FORUM FÜR REGIONALPOLITIKER SEIN, BEI DEM SIE FRAGEN BEZÜGLICH DER EUROPÄISCHEN DEMOKRATIE DISKUTIEREN UND ENTSCHEIDUNGEN TREFFEN KÖNNEN.

## Die desorientierte Demokratie

**Am 4. Juni 1989** gingen 65% der wahlberechtigten Polen zu den ersten freien und offenen Wahlen seit über 40 Jahren. Schon allein die Tatsache, dass diese Wahlen stattfanden, war ein historisches Ereignis und bedeutete einen Wendepunkt in der Geschichte der Demokratie. Ebenso bemerkenswert wie die Wahlen selbst war das überwältigende Wahlergebnis, sprach es doch Bände über den Stellenwert der Demokratie in den Augen der polnischen Bevölkerung. Solidarnosc stand für politische Freiheit und Beteiligung und gewann somit alle parlamentarischen Mandate, für die Kandidaten aufgestellt worden waren. Aber die Stimmen für Solidarnosc waren mehr als die Unterstützung einer Partei: es war die endgültige Behauptung einer grossen gesellschaftlichen Bewegung, die sich auf Bürgerbeteiligung auf breiter Front begründete.

### Im Osten...

Im Jahre 2001 jedoch, knapp 12 Jahre nach dem Ende des kommunistischen Regimes in Polen, beteiligte sich nicht einmal eine Mehrheit der polnischen Bevölkerung an den Parlamentswahlen. Und genau wie 1989 war das Wahlergebnis noch verblüffender als der gesamte Verlauf: die ehemalige kommunistische Partei SLD-UP konnte eine Minderheitsregierung bilden, während die beiden Parteien, aus denen einst Solidarnosc zusammengesetzt war, keinen einzigen Sitz im Parlament mehr bekamen.

In Polen hat sich mehr als nur das Wahlverhalten der Bevölkerung verändert. Das "Center for the Study of Global Governance" der London School of Economics setzte Polen - ein Land, das einst die traditionellen Vorstellungen von politischer Beteiligung in Frage gestellt hatte - jungst auf den 26. Rang der 33 am wenigsten aktiven westlichen Demokratien.

Leider stellt dieses zunehmende Problem in Polen keine Ausnahme in Osteuropa dar. In der tschechischen Republik erfreut sich die kommunistische Partei einer immer größeren Popularität und verzeichnet die höchste Mitgliederzahl aller politischen Parteien Tschechiens. Als Ungarn sich 1990 entschloss, dem sowjetischen Block den Rücken zu kehren, geschah dies mit der Zustimmung von 75% der Wahlberechtigten, die dieses neue Recht in Anspruch nahmen; beim Urnengang in 2003 zum Beitritt zur Europäischen Union waren es nur 46%.

Beim Referendum zum EU-Beitritt in Litauen (und auch in Polen), bei dem eine 50%ige Beteiligung

erforderlich war, mussten die Wahllokale einen Tag länger geöffnet bleiben, damit eine ausreichende Wahlbeteiligung erzielt wurde. Man kann sagen, dass es in fast allen EU-Beitrittskandidatenstaaten weniger darum ging, ob genügend Menschen mit "Ja" stimmen würden, als darum, ob überhaupt genügend Wähler ihre Stimme abgeben würden.

### ...im Westen

Es wäre jedoch ein frommer Wunsch zu glauben, dass dieser Trend nur in den neuen europäischen Demokratien zu beobachten wäre. Während im Osten die Linke zu neuer Blüte kommt, haben die



Sich ignoriert fühlend...

westeuropäischen Wählerinnen und Wähler die rechten, manchmal sogar die rechtsextremen Parteien neu belebt. Ohne ein politisches Urteil fallen zu wollen, stellt dies *per definitionem* eine umwälzende Veränderung dar.

Dies heißt jedoch nicht, dass sehr viel Energie in diesen Prozess gesteckt worden wäre. Die Wahlbeteiligung ging überall seit den achtziger Jahren zurück und die Bürgerbeteiligung scheint immer mehr zu schwinden. Weniger als ein Viertel der englischen Wahlberechtigten beteiligten sich 1999 an den Europawahlen und nur 30% an den Gemeindewahlen im Jahr zuvor. Laut Eurobarometer ist in ganz Europa nur die Hälfte der Bevölkerung Mitglied in einem Verein, einer Partei oder einer sonstigen Organisation. Diejenigen, die sich für eine Sache einsetzen, entscheiden sich eher für andere, von den etablierten Parteien unabhängige Organisationen wie Greenpeace, ATTAC oder andere große Bewegungen als dass sie sich in der Regierung oder den politischen Parteien einbringen.

### ...und darüber hinaus

Es wäre falsch, die ganze Schuld den Bürgerinnen und Bürgern anzulasten. Auch die Kommunikation von oben scheint abgeschnitten zu sein. Über

Photo: Richard Pelelier/Ville de Chaumont

Fortsetzung von Seite 1...

75% aller Europäerinnen und Europäer fühlen sich schlecht über ihre Rechte als EU-Bürger informiert und nur 26% haben jemals vom Ausschuss der Regionen gehört - einer Instanz die speziell eingerichtet wurde, um die EU der Bevölkerung nahe zu bringen.

Andererseits möchten die Bürgerinnen und Bürger vielleicht auch einfach nicht erfahren, was in Wahrheit geschieht. Folgt man dem globalen Korruptionsbarometer von Transparency International für das Jahr 2003, so gaben fast 50% aller Europäerinnen

und Europäer an, dass ihrer Meinung nach Korruption eine große Rolle sowohl in der Geschäftswelt als auch in der Politik spielt und fast ein Drittel sagte, dass sie sehr gravierende Auswirkungen auf die Kultur und die Werte ihrer Gesellschaft hätte. Einem anderen Bericht zufolge möchten die Bürgerinnen und Bürger der einzelnen EU-Staaten, vor allen anderen Bereichen der Gesellschaft, zuerst die politischen Parteien von Korruption befreit sehen.

Die wichtigste Statistik ist vielleicht jedoch die von Eurobarometer, die besagt, dass mehr Bürge-

rinnen und Bürger der Europäischen Union mit der Demokratie unzufrieden als zufrieden sind. Dies lässt den Schluss zu, dass zwar die schwindende Wahlbeteiligung und die politische Umorientierung die europäischen Demokratien grundlegend verändern, sie zugleich aber auch das Produkt der selben Demokratien sind, die ihrerseits einer Veränderung bedürfen. Man muss diese unbequemen Trends in unseren Zivilgesellschaften nicht als Abwenden der Bürgerinnen und Bürger von der Demokratie sehen - sondern als Scheitern der Demokratie. <

## Wo ist die Demokratie geblieben?

DIE EUROPÄISCHEN BÜRGERINNEN UND BÜRGER FÜHLEN EINE ENTFREMDUNG VON IHREM POLITISCHEN UMFELD. WILL MAN DIESEN TREND AUFHALTEN, MUSS MAN ZUNÄCHST NACH DEN URSACHEN FORSCHEN.



Photo: AER

...wenden sich die Bürger von der Politik ab

### Wende nach rechts und Wende nach links

Der erste Grund dieser Entfremdung liegt im Scheitern der bestehenden politischen Institutionen bei der Lösung der Probleme der Wirtschaft, des Wohlfahrtsstaates und der Einwanderung. Dies wird deutlich in der derzeitigen Veränderung des politischen Spektrums - sowohl nach links wie auch nach rechts - wo die Popularität der extremistischen Parteien mehr der Ausdruck einer Auflehnung gegen die alte Ordnung ist als das überzeugte Annehmen einer neuen.

Die Osteuropäer wünschen keine Rückkehr zum Kommunismus wenn sie den Kommunisten ihre Stimme geben. Wenn die Tschechen sagen, dass die kommunistische Partei der beste Garant für die Sicherheit der Bevölkerung sei und der zweitbeste Garant der Menschenrechte (nach den Katholiken) - wie vor Kurzem ein Meinungsforschungsinstitut ermittelte - "dann wählen sie", so der tschechische Analyst Jan Culik, "damit die einzige Partei, die nicht durch einen der Skandale der letzten zehn Jahre im Zusammenhang mit der Privatisierung befleckt wurde, und die keinerlei Verantwortung für den desolaten Zustand der tschechischen Wirtschaft trägt".

Praktisch das Gleiche gilt für die Popularität der rechten Parteien in Westeuropa. Die meisten Bürgerinnen und Bürger sind gegen die rassistische Einwanderungspolitik der Rechtsextremen, unterstützen jedoch vielmehr ihre Bemühungen um die Bekämpfung von Unsicherheit aufgrund von steigender Kriminalität, Arbeitslosigkeit oder langfristiger Untragbarkeit der Wohlfahrtssysteme. Die Bevölkerung drückt damit aus, dass sie lieber

etwas Neues außerhalb der etablierten Institutionen ausprobieren möchte, als innerhalb des Systems weiterhin untätig zu bleiben.

### Zum Zuschauen verurteilt

Aber es gibt einen tieferen Grund, warum die Bürgerinnen und Bürger sich von ihrer Regierung entfremdet fühlen. Sie sind der Meinung, dass die Regierungspolitik genau deshalb gescheitert ist, weil sie ihren Anliegen kein Gehör geschenkt hat.

In vielen Fällen ist der Konsultationsprozess defizitär. Bob Rae, ehemaliger Premier von Ontario, Kanada, ist der Meinung, "dass in Europa und in Nordamerika die zahlreichen Versprechungen und das darauf folgende nicht Einhalten dieser Versprechungen zu einer unendlichen Desillusionierung seitens der Bevölkerung führen". Und selbst wenn die Regierung versucht, ihre Versprechen zu halten, geschieht dies oft zu Lasten wirklich innovativer Lösungen. Wenn ein Parteiprogramm kaum von dem der Gegenpartei zu unterscheiden ist, oder wenn eine Regierung blind ihren Wahlkampfversprechungen folgt, ohne zu berücksichtigen, dass die Umstände sich verändert haben, dann machen die Bürgerinnen und Bürger dafür ein Desinteresse am politischen Dialog verantwortlich.

Rae erinnert sich an einen politischen Ratschlag, den er einst bekam: "Die goldene Regel für eine Oppositionspartei muss sein, nie eine Frage zu stellen, für die man nicht schon die Antwort kennt". Es ist klar, dass bei einer solchen Aversion der Politiker gegen neue Ideen man sich nicht wundern darf, wenn die Bürgerinnen und Bürger sich von ihnen abwenden, sich bei Wahlen enthalten und keiner politischen Organisation beitreten.

Interessant ist jedoch ebenfalls festzustellen, dass die politischen Parteien auch sehr viel zur Desillusionierung beitragen. Insbesondere in den europäischen parlamentarischen Demokratien haben die Parteien einen großen Einfluss auf ihre Parlamentsabgeordneten und setzen sich oft über die Anliegen der Bürgerinnen und Bürger hinweg - anstatt sie weiter zu leiten. Die weitreichende Debatte in Großbritannien über den Irakkrieg war ein einleuchtendes Beispiel hierfür. Außerdem spendet eine kleine Minderheit der Bevölkerung diesen Parteien Geld, und somit haben die wohlhabenden Geldgeber oder einflussreichen Personen einen verfälschten politischen Zugang zu den Parteien.

Im Volksmund heißt es, dass "jeder Wähler den Abgeordneten hat, den er verdient". Dies hält jedoch einer genaueren Überprüfung nicht stand, wenn die einzigen Kandidaten bei einer Wahl einer Parteipolitik entstammen, die den Interessen der Parteispender dient. In solchen Fällen wird jede Regierung für die Wähler undurchsichtig und sie versuchen, ihren Einfluss außerhalb der Institutionen geltend zu machen.

→ Desillusionierte europäische Wählerinnen und Wähler erwähnen noch andere, tiefere und systembedingte Probleme. Interessanterweise schaffen internationale Organisationen wie die Europäische Union und die Welthandelsorganisation - unter dem Banner der Globalisierung - neue Probleme für die Europäer und beschränken zugleich ihre Möglichkeiten, Regress zu verlangen. Die Freizügigkeit von Gütern, Personen und Informationen erhöht die Unsicherheit bezüglich der wirtschaftlichen Interessen und einer Erosion der traditionellen Gesellschaften und Kulturen.

Das Schlimmste jedoch ist, dass die Bürgerinnen und Bürger den Eindruck haben, dass diese neue Form der Staatsführung nicht nur diese Probleme verursacht, sondern sie auch ein "demokratisches Defizit" zur Folge hat, das ihre Möglichkeiten zu einer wirksamen Reaktion stark einschränkt. Jede Institution der EU, mit Ausnahme des Parlaments, tagt und diskutiert hinter verschlossenen Türen, für die Bürger sichern wenig Informationen über ihre Regierung durch und ihnen verbleiben wenige Möglichkeiten der Einflussnahme. Den Regierungen ihrerseits wird nachgesagt, ihre Bürger nur wenig zu kennen. Als Folge dieses Gefühls ausgeschlossen zu sein und nichts dagegen tun zu können sind die Europäerinnen und Europäer wenig motiviert, sich proaktiv in die Politik einzubringen. Hingegen fühlen sie sich sehr motiviert zur zynischen Enthaltung oder zum Beitritt zu Anti-EU und Anti-Globalisierungsbewegungen, die zumindest versprechen ihnen zuzuhören.

Insgesamt kann man sagen, dass die Bürgerinnen und Bürger sich der Politik entfremdet fühlen, weil es keine enge, horizontale Beziehung zu ihrer Regierung gibt. Will man die europäische Demokratie wieder aufbauen, ist der Wiederaufbau dieser Beziehung unabdingbar. <

# Die neue Wegskizze

VON DEN VEREINTEN NATIONEN BIS ZUR WELTBANK ÜBER DIE ORGANISATION FÜR WIRTSCHAFTLICHE ZUSAMMENARBEIT UND ENTWICKLUNG (OECD) WIRD DIE DEZENTRALISIERTE REGIERUNGSFORM ALS BEWÄHRTE PRAXIS ANGESEHEN. AUßERDEM ZEIGT SIE LÖSUNGEN AUF, WIE DIE BEZIEHUNGEN ZWISCHEN BEVÖLKERUNG UND REGIERUNG NEU BELEBT WERDEN KÖNNEN.



Zusammenarbeit zur Integration: die VRE Hauptversammlung in Sopron (Nov. 2001)

## Mitverantwortung

Gemäß dem Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) bedeutet eine dezentralisierte Regierung die Umstrukturierung der Behörden, damit unter Anwendung des Subsidiaritätsprinzips ein System der Mitverantwortung zwischen den Regierungsbehörden auf der zentralen, regionalen und lokalen Ebene entsteht.

Diese Definition arbeitet mit zwei wichtigen Begriffen: zunächst dem Konzept der Mitverantwortung, das versucht, dem unzulänglichen Verständnis von klar abgegrenzten Kompetenzen zwischen den verschiedenen Regierungsebenen entgegenzutreten. Wenn die Entscheidungsprozesse klar hierarchisch stattfinden, führt jede Ebene eine von der anderen unabhängige Politik. Und da die Politik einer Regierungsebene nicht unbedingt die Zustimmung der anderen findet - man denke nur beispielsweise an das Problem der genmodifizierten Organismen und der unterschiedlichen Haltung der EU sowie der nationalen und lokalen Gebietskörperschaften dazu - ist dies ein unbefriedigender Ansatz zur Problemlösung.

Bei der Mitverantwortung arbeiten jedoch alle Regierungsebenen zusammen und sind sich gegenseitig Rechenschaft schuldig, um das beste Ergebnis zu erzielen. Das fördert die Demokratie unter zwei Gesichtspunkten: Erstens wird dadurch gewährleistet, dass mehr Bürger Anliegen berücksichtigt werden. Wenn es z. B. um die Reglementierung von Industrieansiedlungen geht, so ist die nationale Regierungsebene verantwortlich für wirtschaftliches Wachstum und Beschäftigung, während die lokale Ebene mit den Auswirkungen auf die Umwelt beauftragt ist. Werden die Entscheidungen mitverantwortlich getroffen und nicht nach strikt voneinander abge-

grenzten Kompetenzen, kann die Bevölkerung davon ausgehen, dass eine Regierungsebene die andere nicht konterkariert. Zweitens gibt die Mitverantwortung den Bürgerinnen und Bürgern mehr Möglichkeiten, einen Einfluss auf das System auszuüben. Wenn durch Wahlen auf der lokalen oder regionalen Ebene ein direkter Zugang zu Brüssel möglich ist, besteht weniger das Bedürfnis, sich großen sozialen Bewegungen oder Anti-EU-Bewegungen anzuschließen.

→ Während die Regionen für eine stärkere Vertretung in Europa kämpfen, müssen sie jedoch auch bedenken, dass das oberste Ziel in einer besseren Vertretung ihrer Bürger besteht. Deshalb wären die Regionen gut beraten, die Mitverantwortung noch viel breiter anzuwenden und zu überprüfen, ob ihre eigenen Strukturen horizontal ausgerichtet sind und außer politischen Parteien und ihren Geldgebern weitere Zugangsmöglichkeiten bieten. Wenn das nicht der Fall ist, so ist es unwahrscheinlich, dass die Dezentralisierung auf der europäischen Ebene jemals ein effektives Mittel gegen die Desillusionierung der Bevölkerung darstellen wird.

Eine größere Öffnung in Richtung der Nicht-Regierungsorganisationen (NRO) und anderer Organisationen der Zivilgesellschaft ist eine Möglichkeit zu gewährleisten, dass die Interessen aller Bereiche der Gesellschaft in der Regionalpolitik berücksichtigt werden: niedrigere Mindestzahlen für eine parlamentarische Vertretung und eine Überprüfung der Wahlkampf- und Transparenzgesetze eine andere. "E-government" (elektronische Behördendienste) wird zweifelsohne in den zukünftigen Demokratien eine wesentliche Rolle spielen, und folglich müssen geeignete Maßnahmen ergriffen werden, um die Online-Kommunikation weiter auszubauen und den breiten Zugang für die Öffentlichkeit zu ermöglichen. Die direkte Demokratie kann auch ein wichtiger Weg für die Bevölkerung sein, ihre Meinung zu Schlüsselthemen wie die europäische Verfassung zu äußern. Das Wesentliche ist jedoch, dass jeder, der von dem System unmittelbar betroffen ist - nicht nur die verschiedenen Regierungsebenen - die Verantwortung für eine sinnvolle Politik mitträgt.

## Subsidiarität

Jede Politik muss auch umgesetzt werden und das Subsidiaritätsprinzip der EU fordert, dass Entscheidungen möglichst bürgernah getroffen werden. Das Subsidiaritätsprinzip erkennt an, dass unterschiedliche Personengruppen unterschiedliche Bedürfnisse haben, und die Regierungsebenen können ihre Dienste entsprechend darauf zuschneiden. Zum Beispiel können mehrere regionale Programme besser als ein nationales Programm die spezifischen Probleme bestimmter Gebiete behandeln. Durch derartige maßgeschneiderte Dienste laufen die Institutionen weniger Gefahr, den Erwartungen der Bevölkerung nicht gerecht zu werden.

Damit das System glaubwürdig und effizient ist, müssen die Regionen und Gemeinden jedoch zunächst effiziente und verbraucherfreundliche öffentliche Dienste aufbauen. E-Government ist ein wesentliches Instrument zur Steigerung der Effizienz und muss mit einbezogen werden. Zum Herausarbeiten vorbildlicher Praktiken und effizienter Lösungen für gemeinsame Probleme ist interregionale Zusammenarbeit notwendig. Korruption, egal in welcher Gestalt, führt nur zu Verschwendung und Ineffizienz; unnötige Regierungsprogramme binden ebenfalls Gelder, die nützlicheren Zwecken zugeführt werden könnten.

→ Der große Zulauf der großen sozialen Bewegungen ist ein klares Anzeichen dafür, dass die Bürgerinnen und Bürger keinesfalls in politische Apathie verfallen sind. Wenn es aber letztlich darum geht, sie enger in die Regierungspolitik einzubinden, dann wird die Herausforderung darin bestehen, neue, kreative Foren innerhalb der bestehenden Strukturen einzurichten, um diese Energien zu kanalisieren. Deshalb muss berücksichtigt werden, dass manche politischen Aufgaben besser unterhalb der Regierungsebene bis hin zur Zivilgesellschaft bewerkstelligt werden können. Dies überträgt den Bürgerinnen und Bürgern die Zuständigkeit für die Programme, die sie selbst unmittelbar betreffen, und gewährleistet, dass diese ihren Bedürfnissen entsprechen.

Die Regionen und Gemeinden sind besonders geeignet, diesen Aspekt der Subsidiarität umzusetzen, weil sie eine genaue Kenntnis davon haben, welche Dienste den Bürgern übertragen werden können. Sie müssen deshalb ständig überprüfen, wie sie ihre Zuständigkeiten handhaben, von der Kultur über den Tourismus bis zur Umwelt, und sie müssen beschließen, ob eine NRO oder eine selbstverwaltete Instanz nicht besser den Interessen der Bevölkerung dienen könnte.

Dies bedeutet jedoch natürlich nicht unbedingt einen absoluten Verzicht auf die Oberaufsicht durch die Regierung. Mit der Mitverantwortung arbeiten alle Ebenen am Entscheidungsprozess mit und die Regionen und Gemeinden kontrollieren abschließend den Haushalt, die Genehmigungen und Reglementierungen. Mit einer weiteren Übertragung der Ausführung von bestimmten Diensten gewinnen die Regierungen an Flexibilität und die Bevölkerung wird besser mit den Dienstleistungen versorgt.

Subsidiarität und Mitverantwortung ergänzen sich: wenn mehr Politiken umgesetzt werden können, ist es einfacher, alle Interessen in den Entscheidungsprozess einzubeziehen. Wie die folgenden Beispiele zeigen, haben viele Regionen kreative Lösungen gefunden, um diese Zusammenhänge zu nutzen. <

# Neu ausgerichtete Demokratien

**E-Government** öffnet zahlreiche neue Möglichkeiten zur Verbesserung der Beziehungen zwischen der Gesellschaft und der Regierung, und innovative Regionen bieten mehr als nur den Zugang zu Informationen.

Jun, eine Gemeinde in Andalusien, betrachtet den Zugang zum Internet als ein universelles Recht, und die örtliche Verwaltung hat, im Team mit der Universität Granada und dem Massachusetts Institute of Technology, kostenlose Computer und eine Internet-Schulung für jeden Haushalt der Gemeinde organisiert. Als beispielhafte Demonstration dafür, wie das Subsidiaritätsprinzip die Teilnahme der Zivilbevölkerung fördern kann, bekommen die Studierenden der Universität Granada einen Leistungsnachweis, wenn sie an dem Regierungsprogramm teilnehmen.

Die Regierung von Katalonien, Spanien, hat die Beziehungen zwischen den verschiedenen Regierungsebenen neu definiert, indem sie sich dafür

Anträge. Durch Zabalik hat sich die Anzahl der Personen, die die Webseite des Parlaments besuchen, verdoppelt, weil die Debatten öffentlich werden und die Informationen den Bedürfnissen der Bevölkerung absolut gerecht werden.

→ E-Government kann jedoch nur ein Teil der Lösung sein, denn eine "digitale Kluft" könnte genauso distanzierend und verwirrend wirken wie das demokratische Defizit. Wirklich innovative Regionen erneuern auch die menschliche Dimension in den Institutionen der Demokratie.

Lancashire, Großbritannien, war diesbezüglich besonders erfolgreich und wurde kürzlich von der VRE zur "Jugendfreundlichsten europäischen Region 2003" gekürt, weil sie Mitverantwortung und zivile Beteiligung den jüngeren Generationen nahe gebracht hat. Das Programm umfasst 12 gewählte "District Youth Councils" sowie das regionale "Lancashire Youth Council executive", die von den staatlichen Behörden zu Fragen wie Recycling-Einrichtungen, Diskriminierung, öffentlichem Nahverkehr usw. konsultiert werden. Jugendliche treffen regelmäßig kommunale und regionale Abgeordnete, die ihnen, nach ihren eigenen Aussagen, wirklich zuhören, ihre Arbeit unterstützen und sie erfolgreich in den Entscheidungsprozess und die demokratischen Strukturen einbeziehen.

Die Region stellt trotzdem fest, dass "nicht alle Jugendlichen ihre Meinung mittels solch formeller Strukturen äußern, insbesondere nicht diejenigen, die man als 'sozial ausgegrenzt' bezeichnen muss". Folglich konsultiert die Region insbesondere junge Behinderte und diejenigen, die in

der Obhut von öffentlichen Behörden sind, um bedarfsgerecht auf alle spezifischen Bedürfnisse ihrer Bevölkerung eingehen zu können.

Vielleicht noch wichtiger als diese formellen Konsultationsmechanismen sind die zugrundeliegenden Werte, die Lancashire hiermit fördert. Durch das Erziehungs- und Bildungssystem, Austauschprogramme, Kunst, Musik, Theater und die Informationstechnologien fördert die Region den Multikulturalismus und den mündigen, aktiven Bürger; durch großzügige Fördermittel und Unterstützung des freiwilligen Sektors gibt die Region den Jugendlichen zahlreiche Möglichkeiten, diese Begriffe in der Zivilgesellschaft durchzusetzen und zu erleben.

Ein weiteres Beispiel: Das Lancashire Youth Council hat vor Kurzem eine fortschrittliche Kampagne zur Änderung des Kapitels 28 des "Local Government Act" durchgeführt, weil es der Meinung war, "dass es *junge Schwestern und Lesben diskriminiert*". Eine andere aufklärerische Initiative mündete in einem demnächst erscheinenden 100 Seiten starken Buch mit dem Titel "What Now", einem Ratgeber mit praktischen Informationen für Erstsemester über Fragen wie Alkoholmissbrauch, Geldangelegenheiten und sexuelle Belästigung. Im letzten Jahr hat das Burnley District in Lancashire eine Gruppe benachteiligter Jugendliche nach Südafrika ge-

schickt, "damit sie ihre Erfahrungen mit anderen jungen Leuten, die die gleichen Hindernisse für eine aktive Beteiligung überwinden müssen, austauschen können".

Diese und viele andere Jugendprojekte des Lancashire leisten weit mehr als nur die Kommunikation zwischen den Bürgerinnen und Bürgern und ihrer Regierung zu intensivieren; sie fordern vielmehr die Jugendlichen auf und befähigen sie, proaktiv die Programme und politischen Aufgaben zu übernehmen, die ihr Leben unmittelbar beeinflussen. Dies ist die Form der engen Beziehung zwischen einer Gesellschaft und ihrer Regierung, wie sie jede erneuerte europäische Demokratie anstreben sollte.

→ Diese Liste von innovativen und zukunftsorientierten Regionen erhebt in keiner Weise den Anspruch der Vollständigkeit. Ganz im Gegenteil: sie hört bewusst hier auf, um vielleicht den Leserinnen und Lesern dieses Themendossiers den Impuls für eine weitere Diskussion zu geben, hoffentlich sowohl Bürgern als auch Politikern. Im Anschluss findet sich die Adresse einer Webseite der EU-Kommission mit zahlreichen weiteren aktuellen innovativen Programmen, und wir hoffen, mit diesem Beitrag einen Anstoß zu weiteren Ideen und Kooperationen zwischen den Regierungen gegeben zu haben. Da einzigartige Menschen einzigartige Dienstleistungen erwarten dürfen, muss die Lösung für eine bessere Demokratie direkt von den Menschen kommen, die von ihr betroffen sind.\* <

**Benjamin Sauter**  
(benjamin.sauter@pomona.edu)

\*Die hier geäußerten Ansichten spiegeln nicht unbedingt die Meinung der VRE wieder.

Alle Leser dieses Themendossiers sind eingeladen, die VRE-Webseite zu besuchen (<http://www.a-e-r.org>) für weitere Informationen über die europäischen Regionen.

Die Webseite der EU-Kommission über E-Government [http://europa.eu.int/information\\_society/eeurope/egov/conf/index\\_en.htm](http://europa.eu.int/information_society/eeurope/egov/conf/index_en.htm) wird denjenigen empfohlen, die sich für die Zukunft des E-Governments interessieren. Besondere Aufmerksamkeit kann dem "e-Government 2003 Exhibition Guide" gewidmet werden.



**AER - ARE - VRE Dossier**  
**Die Bürger für Europa gewinnen - August 2003**  
Themenspezifisches Dossier der Versammlung der Regionen Europas (VRE)

**Direktor** - Klaus Klipp

**Chefredakteur** - Barbara Skoczylas-Thauront

**Redaktion** - Benjamin Sauter

**Redaktionssekretariat** - Francine Huhardeaux

**Übersetzungen** - Sabine Seubert (F & D)

**Konzeption und Layout** - Agence Contexte - Strasbourg (F)

**Druck** - OTT - rue Pins - 67310 Wasselonne (F)

Auflage (in drei Sprachen): 4 500 ex.

Wiedergabe nur mit Quellenangabe

**VRE** - Generalsekretariat - Bureaux Europe - 20, Place des Halles  
F- 67000 Strasbourg - [www.a-e-r.org](http://www.a-e-r.org) - Tél.: +33 3 88 22 07 07  
Fax: +33 3 88 75 67 19 - E-mail: [secretariat@a-e-r.org](mailto:secretariat@a-e-r.org)



Von links nach rechts: Kate Denham, Emma McGurrin und Arron Taylor feiern Lancashire's Sieg als Jugendfreundlichste Region Europas

einsetzte, dass die Bürgerinnen und Bürger keine Urkunden oder Unterlagen (Geburtsurkunden usw.) vorlegen müssen, wenn sie dies schon bei einer anderen Behörde getan haben. Dieses Vorhaben setzt weitreichende Abkommen zur Zusammenarbeit zwischen den lokalen und regionalen Behörden voraus, damit diese die Informationen im Netzwerk austauschen, was wiederum die Mitverantwortung für die Verbesserung aller staatlichen Dienste fördert.

Denmarks Debatten in Dänemark fördert die Mitverantwortung zwischen den gewählten Mandatsträgern, den Mitgliedern der öffentlichen Verwaltungen und den Politikern auf allen Regierungsebenen, indem sie den Zugang zu moderierten Diskussionen, zu politischen Meinungsumfragen und Statistiken, politischen Analysen und Meinungen ermöglichen und spezielle E-Mails für anstehende Veranstaltungen verschicken. In Zukunft sollte dies allen Bürgerinnen und Bürgern erlauben, direkt mit den Politikern zu kommunizieren.

Das Projekt Zabalik des baskischen Regionalparlamentes ist ein weiterer Versuch die Mitverantwortung zu fördern: Die Bürgerinnen und Bürger können online archivierte Debatten ansehen, ihre eigene Meinung dazu äußern und bekommen spezielle E-Mails über anstehende Parlamentssitzungen und